

Zeitschriftenschau / Aktuelle Debatten

Religiöser Stellvertreterkrieg im Jemen?

Der seit mehr als vier Jahren andauernde Krieg im Jemen wurde von der UN als „die größte humanitäre Katastrophe der Welt“ bezeichnet. In einem der ärmsten Länder der Welt führen Saudi-Arabien und seine Koalition einen erbarmungslosen Kampf gegen die Huthi-Rebellen – auch Deutschland liefert Waffen an die Saudis. Vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen den USA und dem Iran lohnt ein genauer Blick auf die Interessen der beiden regionalen Großmächte Iran und Saudi-Arabien im Jemen – zumal Saudi-Arabien als strategischer Partner der USA nach wie vor nahezu bedingungslose Unterstützung genießt, während der Iran dämonisiert wird. Der Schwerpunkt der Zeitschrift INAMO zum Thema Jemen enthält drei Beiträge, die die verbreitete Annahme eines religiös motivierten Stellvertreterkriegs zwischen Saudi-Arabien und dem Iran widerlegen.¹

Michael Lüders stellt heraus, dass die USA und andere Staaten zur Legitimierung des Krieges das Bild von „guten“ und „bösen“ Staaten bemühen (S. 6; 10f.). Im Falle des Jemen bediene sich die Koalition dieses Bildes, um den Iran als „böse“ zu brandmarken und durch dieses „hegemoniale Narrativ“ das eigene militärische Vorgehen im Jemen öffentlichkeitswirksam zu legitimieren (S. 11). Im herrschenden Narrativ spiele „die amerikanisch-britische Unterstützung Riads und Abu Dhabis sowie deren maßgebliche Mitverantwortung für die Zerstörung Jemens durch Waffenlieferungen [...] kaum eine Rolle“ (ebd.). So sei „bestenfalls [...] die Rede von einem ‚Stellvertreterkrieg‘ Saudi-Arabiens und dem Iran auch im Jemen, der auf den vermeintlichen Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten zurückgeführt wird.“² Dass die Huthis eine geopolitisch wirksame „fünfte Kolonne“ des Iran im Ringen um die regionale Vorherrschaft am Golf seien, kann Lüders schlüssig als reine Konstruktion des Westens enttarnen (S. 8f.). Auch unter jemenitischen Analysten sei dies im Übrigen Konsens (S. 8). Die Huthis gingen vielmehr „aus der einheimischen Bevölkerung hervor [...] und orientieren sich politisch [...] nicht an Teheran“ (S. 4). Generell müsse man sich vergegenwärtigen, dass die Huthis einer Religionsgemeinschaft (Zaiditen) angehören, die als „Fünferschiiten“ zwar zu den Schiiten gerechnet werden, aber tatsächlich den

¹ INAMO (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten), „Jemen 2019“, H. 97, Jg. 25, Frühjahr 2019, 54 Seiten, 5,50 Euro.

² Jens Heibach benennt die Wurzel der Interpretation als Stellvertreterkrieg durch Saudi-Arabien: „Die handstreichartige Eroberung der Hauptstadt Sanaa im September 2014 durch die Huthis beendete de facto den von der UNO überwachten Übergangsprozess und wurde nicht nur in Saudi-Arabien mit Beunruhigung wahrgenommen. In Riad war man jedoch bereit, die Äußerungen Hadis vor seiner Flucht nach Aden und dann nach Riad Anfang 2015 für bare Münzen zu nehmen, der Iran habe die Kontrolle über den Jemen übernommen; man entspreche seiner Bitte, die Regierung bei der Wiederherstellung der legitimen Ordnung zu unterstützen.“ (Jens Heibach: Saudi-Arabiens Krieg im Jemen. Keine Ausstiegsstrategie, GIGA Focus Nahost, 02.05.2017, S. 3, <https://www.giga-hamburg.de/de/publication/saudi-arabiens-krieg-im-jemen-keine-ausstiegsstrategie>, letzter Zugriff am 20.07.2019).

Sunniten näher stehen als den „Zwölferschiiiten“ im Iran (S. 4).

Die Interessen Saudi-Arabiens beleuchtet *Werner Ruf*. Er zeigt auf, dass es „für die saudi-arabische Kriegsführung [...] geradezu funktional [ist], die Huthis als den verlängerten Arm des Iran zu bezeichnen und den Konflikt in einen größeren internationalen Zusammenhang zu stellen, der die eigene Kriegsführung als einen Kampf auch für die Interessen Israels und der USA erscheinen lässt“ (S. 14). Die für Saudi-Arabien extrem wichtige Ölproduktion konzentrierte sich „auf den östlichen Teil der Arabischen Halbinsel“ und somit sei „die Straße von Hormuz die Lebensader der saudischen Exporte“ (ebd.). Hier befindet sich aber der Iran als „hegemonialer Rivale“ in direkter Nachbarschaft. Generell werde häufig ein „Erklärungsmuster für die seit Jahrzehnten andauernde Instabilität in der Golf-Region“ herangezogen, „demzufolge die Konflikte aus der Unverträglichkeit religiöser Zugehörigkeit zu erklären“ seien (ebd.). Allerdings zeige der Jemenkrieg doch „eher eine Umkehrung der mehr als ein Jahrhundert alten Fronten, hatte doch Saudi Arabien stets die Zaiditen im Kampf gegen den sozialistischen (gottlosen) Süden unterstützt“ (ebd.). In jüngster Vergangenheit waren es eben geopolitische Erwägungen, die zur Bekämpfung der Huthis im Norden führten.

Sascha Radl beschäftigt sich mit den innerjemenitischen Verhältnissen und untersucht die Umstände für den Aufstieg der Huthis aus einer politikökonomischen Perspektive. Er nennt zwei Gründe, die die These vom angeblichen Krieg von Sunniten gegen Schiiten widerlegen: „Zum einen können religiöse Erklärungsmuster alleine nicht den Zeitpunkt des Konflikts nach langen Phasen des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Strömungen des Islams erklären. Zum anderen sind die Trennlinien unschärfer als oft behauptet wird: So kämpfen auch Sunniten auf Seiten der zayditisch-schiitischen Ansar Allah (Huthis; P.Ö.)“ (S. 17). Seiner politikökonomischen Untersuchung folgt das schlüssige Fazit, dass „die Einstellung von Waffenexporten an die Kriegsparteien und Druck hin zu einem Ende des militärischen Konflikts [...] nur ein erster Schritt zur Lösung sein“ (S.20) könnten. Der historische Aufstieg der Huthis war eng verbunden mit strukturellen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Widersprüchen im Jemen, die sich seit den 1990er Jahren zugespitzt hatten (S. 18f.). Den Kern „des religiös und tribal geprägten Aufstands“ – bereits zwischen 2004 und 2010 kam es zu sechs Kampfphasen - bildeten „marginalisierte und gegen die Zentralregierung aufgebrachte Klassen“ (S. 20). Um den Konflikt zu lösen, müssten folglich „mittel- und langfristig [...] die jemenitische Wirtschaft und Politik demokratisiert werden, damit die peripher-kapitalistische Entwicklung und der Autoritarismus als Hauptursachen der Auseinandersetzungen ein Ende finden“ (ebd.).

Der Krieg im Jemen ist erst mit der Zeit ein geopolitischer Stellvertreterkrieg geworden, was aber nur eine Dimension des Konflikts abbildet. Der Iran hat den strategischen Fehler der Saudis, eine Militärintervention im Jemen zu beginnen, ausgenutzt und, wenn auch zögerlich, Einfluss genommen. Dabei handelt es sich aber um eine eher marginale Unterstützung der Huthi-Rebellen, die im Vergleich zur militärischen Unterstützung Saudi-Arabiens durch die USA und Großbritannien in einem niedrigen Bereich anzusiedeln ist (S. 9). Saudi-Arabien

bemühe konfessionelle Gegensätze um den Krieg zu legitimieren, was letztlich zur Annäherung der Huthi-Rebellen an den Iran führte (S. 14).

Patrick Ölkrug

Gesundheitliche Ungleichheit und das „Gespenst der Care-Krise“

Die Zeitschrift *Prokla* widmet der „umkämpften Arbeit“ einen Heftschwerpunkt.¹ *Karina Becker, Thomas Engel, Lena Grebenstein* und *Laura Künzel* präsentieren eine Studie zum „gender health gap“, also zur gesundheitlichen Ungleichheit männlicher und weiblicher Beschäftigter in der Arbeitswelt. Sie stützen sich dabei auf Daten aus einer Befragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Ihre Befunde gliedern sie nach Arbeitsfeldern und Qualifikationen. Sie unterscheiden Bau-, Metall- und Elektroberufe („technisches Arbeitsfeld“), Verwaltung und Transport („organisatorisches Arbeitsfeld“) sowie Verkaufspersonal, Krankenpflege, Gaststättengewerbe, pädagogische Berufe usw. („interpersonelles Arbeitsfeld“). Vor allem bei den relativ gering qualifizierten Berufen geben Frauen höhere gesundheitliche Belastungen an als Männer. Das Gesamtbild ist allerdings widersprüchlich: So berichten die hoch qualifizierten „technischen Expertinnen“ deutlich höhere „physische Umgebungsbelastungen“; Grundschullehrer und Sozialarbeiter leiden mehr unter Flexibilitätsanforderungen als ihre Kolleginnen.

Die Interpretation der Ergebnisse lässt viele Fragen offen; die These, dass Menschen im „männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis“ stärker von betrieblicher Gesundheitsförderung profitierten (S. 233), genügt sicher nicht. Der Befund, dem zufolge Frauen „mehr Belastungen ausgesetzt“ (S. 232) sind, bedarf noch der Stützung durch Daten zu Arbeitsbedingungen und -gesundheit, die nicht auf Selbsteinschätzungen beruhen. Es wäre ja immerhin denkbar, dass Männer sich als gesünder darstellen, weil dies eher den Erwartungen an ihre Geschlechterrolle entspricht.

Friederike Maier und *Dorothea Schmidt* hinterfragen, gestützt auf empirische Untersuchungen, die insbesondere von *Gabriele Winker* vertretene These von einer grundsätzlichen „Care-Krise“. Der „Care“-Begriff werde „extrem weit und ungenau“ verwendet, außerdem werde unterstellt, es handele sich „dabei generell um unterbewertete und schlecht bezahlte Arbeit“ (S. 241). In Kitas und anderen Bereichen der öffentlichen Kindererziehung sei zwar das Personal, aber prekäre Beschäftigungsverhältnisse seien dort eher die Ausnahme, dies nicht zuletzt aufgrund erfolgreicher Arbeitskämpfe in den zurückliegenden Jahrzehnten. Prekäre Arbeitsverhältnisse seien „für Frauen ebenso wie für Männer besonders verbreitet im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Handel und bei Reinigungsdiensten“ (S. 243); besonders schlecht bezahlt würden „FriseurInnen und KosmetikerInnen, außerdem FloristInnen, LebensmittelverkäuferInnen, Hotel- und Gastronomieangestell-

¹ *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, H. 195, Jg. 49, Nr. 2, Juni 2019, „Umkämpfte Arbeit – reloaded“. Westfälisches Dampfboot, 160 S., 15 Euro.

te sowie TextilarbeiterInnen“ (S. 244). Von einer „Care-Krise“ könne man insbesondere im Bereich der professionellen wie familiären Altenpflege sprechen (S. 253). Die Autorinnen wenden sich also gegen die Behauptung einer allgemeinen Krise und verdeutlichen die Unterschiede zwischen Branchen, zwischen Beschäftigtengruppen (im Hinblick auf Geschlecht, Migrationsstatus und Qualifikation) sowie unter denjenigen, die entsprechende Dienstleistungen nachfragen und deren familiäres Budget dadurch mehr oder weniger belastet wird. Durch diese Unterschiede, so kann man hinzufügen, sind die Aussichten für eine „Care Revolution“ (so der Titel von Winkers Buch) nicht günstig.

Der Schwerpunkt enthält weitere Beiträge zu betrieblichen Strategien der Digitalisierung (*Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer*), zu den Gründen von Beschäftigten, an Schichtarbeit festzuhalten (*Maren Evers*), zur betrieblichen Sozialintegration von Geflüchteten (*Nikolai Huke und Werner Schmidt*) und zur Automobilindustrie in Baden-Württemberg (*Kai Burmeister*). Außerhalb des Schwerpunkts schreiben *Thomas Sablowski* zum Verhältnis von Weltmarkt, Nationalstaat und ungleicher Entwicklung sowie *Alex Demirović* zum Werk Elmar Altvaters.

Michael Zander

Rechtspopulismus und Gewerkschaften

Mit der Schwerpunktausgabe der WSI-Mitteilungen zu „Rechtspopulismus in der Arbeitswelt“¹ reagieren die Herausgeber/innen darauf, dass „gewerkschaftliches und betriebliches Engagement“ und „Unterstützung für die AfD, Pegida oder andere Organisationen der radikalen Rechten (...) für relevante Gruppen offenbar kein Widerspruch“ mehr ist. Gleichzeitig sei die Gewerkschaft die einzige zivilgesellschaftlichen Organisation, die „mit ihren Mitteln der Tarif- und Betriebspolitik gegen Abwertungserfahrungen in der Arbeitswelt“ antreten könne – was ihre besondere Rolle im Kampf gegen den Rechtspopulismus begründe (S. 158).

Die Selbstaufwertung durch Abwertung anderer, als Antwort auf Erfahrungen von Kontrollverlust der Arbeiterschaft, lade zur Radikalisierung durch die populistische Rechte ein, so *Klaus Dörre* in seinem Beitrag (S. 168). Der erstarkte Flügel der AfD, der die soziale Frage – früher „Kronjuwel der Linken“ (so der „neurechte“ Verleger Götz Kubitschek) – von rechts besetzen möchte, deute die „klassenspezifische Verteilungskonflikte in Auseinandersetzungen zwischen innen und außen“ um (S. 169). Anhand von Interviewdaten aus einer Langzeituntersuchung skizziert Dörre, angelehnt an die US-Soziologin Arlie Hochschild, eine „Tiefengeschichte“ rechter Arbeiter in der BRD. In dieser Fiktion drängeln sich „Unbefugte“ in der Schlange vor, in der Menschen auf Gerechtigkeit warten; das Warten habe sich als sinnlos erwiesen, nachdem im Zuge von Finanzkrise und Fluchtbewegungen auf einmal Geld im Überfluss vorhanden zu sein schien – obwohl doch jahrzehntelang Verzicht verlangt worden sei (S. 170). Die Überbetonung eines wertebasierten Zusammenhalts taue als Gegenstrategie wenig, so resümiert Dör-

¹ WSI-Mitteilungen, H. 3/2019, 87 Seiten, 15,80 Euro pro Einzelheft im Abo

re, stattdessen müssten „Streit, Konflikt und regulierter Klassenkampf als Formen demokratischer Vergesellschaftung wieder positiv besetzt werden“ (S. 175).

Auch *Dieter Sauer* und *Richard Detje* sehen die Gewerkschaften vor allem „in ihrem ureigensten arbeitspolitischen Feld gefordert“ (S. 166).

Ein Bericht der Benz-Gewerkschaftsfunktionäre *Claudia Peter* und *Michael Brecht* verdeutlicht allerdings, dass zwischen den Empfehlungen der Wissenschaftler/innen und der tatsächlichen Praxis Welten liegen können. Mit dem „Zentrum Automobil“ sei im Rastatter Werk eine „in der militanten Rechten verankerte Gruppe“ zur Betriebsratswahl angetreten. Dies war u.a. Anlass dafür, eine „Erklärung, die für demokratische Werte steht“ aufzusetzen, die von sämtlichen Parteien, sowie lokalen Organisationen und Honoratioren unterzeichnet wurde (S. 222). Für „begeisterte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter“ habe außerdem eine Veranstaltung „Zukunft braucht Demokratie – Demokratie braucht Zukunft“ mit dem damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert gesorgt, der auch prompt seine Unterschrift unter eine weitere „Erklärung“ setzte (S. 223). Ob so wirksam der rechtspopulistischen Bezeichnung begegnet werden kann, der Betriebsrat sei „Teil des betrieblichen Establishments“ (Sauer & Detje, S. 165), darf bezweifelt werden.

Till Manderbach

Brexit: Dichotomie „Ökonomischer Nationalismus“ versus „globaler Freihandel“?

Gibt es eine „ökonomische Identität Großbritanniens“? Und lässt sie sich – sofern so etwas überhaupt existiert – anhand der Narrative „ökonomischer Nationalismus“ versus „globaler Freihandel“ erklären? Und welche Rolle spielte diese Dichotomie in den Kampagnen für und wider den Brexit in Großbritannien? *Lisa Suckert* vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hat sich dieser Frage gewidmet und dazu rund 400 Kampagne-Dokumente von Remainern und Leavern diskursanalytisch untersucht.¹ Ihre Antwort: Die These „die neuen populistischen Bewegungen stellten der dominanten Ideologie des globalen Freihandels das Leitbild des ökonomischen Nationalismus entgegen ... (ist) ...zumindest für den Fall Brexit nicht hinreichend akkurat.“ (32) Während bei den Remainern das Ideal einer liberalen, global ausgerichteten Wirtschaftspolitik dominiere, sei dem Brexiteer-Lager die Gegenposition nicht so eindeutig zuzuordnen, vielmehr gebe es hier eine starke Heterogenität, ein „Sowohl-als-auch“ oder ein „Weder-noch.“ Diese Ambivalenz können vielleicht mit einem Konzept des „neoliberalen Nationalismus“ am ehesten beschrieben werden.

Das Ergebnis der Studie ist eigentlich nicht verwunderlich. Ich weiß auch nicht, wer und wo behauptet worden wäre, diese Dichotomie habe die Diskussion be-

¹ Lisa Suckert, Der Brexit und die ökonomische Identität Großbritanniens: Zwischen globalem Freihandel und ökonomischem Nationalismus. MPIfG Discussion Paper, No. 19/4 [https://pure.mpg.de/rest/items/item_3053273_2/component/file_3054348/content]

stimmt. Belege dafür führt die Autorin jedenfalls nicht an. Natürlich gibt es diese gegensätzlichen Positionen und sie lassen sich in Dokumenten mittels diskursanalytischer Instrumente anhand von Begriffshäufigkeiten herausfiltern. Damit ist jedoch das Problem verbunden, dass andere, vielleicht viel bedeutsamere Argumentationen jenseits dieser Dichotomie unter den Tisch fallen. Und die Frage, inwieweit die Kampagne-Dokumente von den Wählern wahrgenommen und zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht wurden, ist damit gleich gar nicht beantwortet. Beim Typus des Protestwählers jedenfalls spielen solche inhaltlichen Fragen wohl kaum eine Rolle. Andere Überlegungen und Argumente der beiden Lager und der jeweiligen Wählerschaften werden weder thematisiert noch untersucht.

Die Autorin beteuert, sie nehme nicht „in Anspruch, die aktuellen Dynamiken allein stehend erklären zu können“. Aber eigentlich erklärt sie diese überhaupt nicht, sie stellt lediglich fest, eine bestimmte Erklärung sei unzutreffend. Das ist immerhin ein nicht unwichtiges Ergebnis der Studie. Aber es wäre schon interessant zu wissen, welche anderen Erklärungen für den Ausgang der Abstimmung überhaupt existieren und welche Bedeutung sie in den Augen der Analytistin haben.

Überhaupt ist die Unterstellung der Existenz einer kollektiven „ökonomischen Identität Großbritanniens“, die sich anhand der Ambivalenz und der Auseinandersetzung „ökonomischer Nationalismus“ versus „globaler Freihandel“ seit den Corn Laws im 19. Jahrhundert festmachen lasse, fragwürdig. Die Differenziertheit von Interessen und ihren Gegensätzen bleibt dabei unterbelichtet, auch wenn erwähnt wird, dass andere identitätsstiftende Aspekte existieren. In dem kurzen historischen Rückblick, der in der Studie enthalten ist, wird zum Beispiel gezeigt, dass die Lage der Arbeiterklasse von den Kontrahenten des Diskurses lediglich als Argument für die jeweils eigene Position eine Rolle spielt. Die Interessenvertretung der Arbeiter selbst findet keine Erwähnung. Hier wäre ein Blick in Karl Marx' „Vortrag über die Frage des Freihandels“ von 1848 und Friedrich Engels Vorwort „Schutzzoll und Freihandel“ zu deren Neuauflage im Jahr 1888 nützlich gewesen.

Eine Erklärung der politischen Dynamiken im Zusammenhang mit der Brexit-Abstimmung muss zudem das Stimmverhalten der verschiedenen sozialen Gruppierungen berücksichtigen. Auch die sich damit überlagernde territoriale Differenzierung ist damit verbunden. Es muss doch zu denken geben, dass die Leaver in denjenigen Regionen besonders stark waren, in denen es in den Jahren zuvor eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und eine Stagnation beziehungsweise sogar einen Rückgang der Realeinkommen gegeben hatte. Um dieses Phänomen zu erklären, müssen sozial-ökonomische Lagen und Interessenunterschiede und nicht etwa eine „kollektive Identität“ in das Zentrum der Analyse gerückt werden. Lisa Suckert schließt: „Es gilt daher, jenseits der beiden Schubladen des ökonomischen Nationalismus und des globalen Freihandels nach neuen wirtschaftspolitischen Programmen und Organisationsformen Ausschau zu halten, um besser zwischen Liberalismus und Interventionismus, zwischen nationalen Grenzen und ökonomischem Globalismus zu vermitteln.“ Als ob es darum ginge!

Jürgen Leibiger